

1. Die Ost-Hochschulen: Teil des Problems oder der Problemlösung?

Fragestellungen und Ausgangspunkte

Peer Pasternack
Reinhard Kreckel

Die Entwicklung in Ostdeutschland wird seit 1990 von Deutungskonflikten begleitet. Die öffentliche Debatte über Stand und Perspektive der ostdeutschen Regionen ist gleichsam in zwei einander ausschließende Diskurse zerlegt:

„In dem einen Diskurs wird der Vereinigungsprozeß im großen und ganzen als gelungen angesehen. Innerhalb dieses Diskurses werden Probleme der Vereinigung [...] auf die Altlasten des DDR-Systems zurückgeführt, werden die Ostdeutschen zu mehr Geduld aufgefordert, und es wird ihnen Aktivitätszurückhaltung, Institutionenskepsis und Autoritarismus vorgeworfen. Die andere Position hält Mahnwache vor den bedrohten Beständen der ostdeutschen Lebenswelt, fordert von den Westdeutschen eine höhere Opferbereitschaft, rechnet Vereinigungsprobleme der kolonialisierenden Form der Wiedervereinigung zu und sieht den Vereinigungsprozeß als überstürzt und im großen und ganzen als mißlungen an.“ (Pollack 1996: 412)

2004 lautete die Gesamteinschätzung eines Beraterkreises um Klaus von Dohnanyi und Edgar Most, der Aufbau Ost habe bislang wesentliche seiner Ziele verfehlt. Selbsttragende Entwicklungen seien nur ausnahmsweise gelungen (Dohnanyi/Most 2004). Eine andere Position lehnt jede Verallgemeinerung unter dem Label „Ost“ ab: „’Ostdeutschland’ gibt es nicht mehr. Es gibt viele Ostdeutschlands – und zwar mindestens vier: Es gibt die Aufsteiger, die versteckten Champions, die Kämpfer und die Hoffnungslosen“ (Kralinski 2007: 19).

Eine Vermittlung beider Positionen ist in dem Begriff der fragmentierten Entwicklung formuliert: „Neben neuen und hochmodernen Betrieben sehen wir veraltete und stillgelegte Industrieanlagen, inmitten aufwendig restaurierter Städte finden sich leergezogene Plattenbauten und brachliegende Wohnquartiere, neben prosperierenden Zentren existieren heruntergekommene Landstriche mit sich entleerenden Städten und Dörfern. Modernste Infrastruktur wechselt mit veralteten Anlagen, hochproduktive Produktionsstätten stehen in einem verödenden Umfeld“ (Busch

2006: 20). Zu konstatieren ist ein „Widerspruch zwischen den Erfolgsgeschichten im einzelnen und der Stagnation des Ganzen“ (Land 2007: 28).

Kontrastiert werden die Wahrnehmungen, Stimmungen und Einschätzungen von den Daten der Makroökonomien. Eine Tagung am halleschen Institut für Wirtschaftsforschung (IWH) zeichnete unlängst das Bild eines „immer mehr zu einem zweiten Mezzogiorno“ werdenden Siedlungsgebietes.

So trete die Angleichung an die Wirtschaftskraft im Westen auf der Stelle. Die Arbeitslosenquote bleibe doppelt so hoch. Es fehlten 1,5 Millionen Arbeitsplätze. Der Bevölkerungsschwund setze sich dramatisch fort. 2050 würden nur noch 9,8 Millionen Menschen im Osten leben (aktuell 14,7 Mio). Doch bedeute das nicht, dass die Arbeitslosigkeit von selbst verschwinde. Während es zu einer Knappheit bei Hochqualifizierten komme, nehme die Arbeitslosigkeit bei mittleren Qualifikationen weniger deutlich und bei Geringqualifizierten kaum ab. Die öffentlichen Finanzen liefen aus dem Ruder. Wie im Mezzogiorno stagniere das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner bei rund zwei Dritteln (67%) des Werts im nördlichen/westlichen Landesteil. Ein Ende der Transferökonomie sei nicht absehbar. Der Gesamtverbrauch liege mit 416 Milliarden Euro im Jahr deutlich über den BIP von 287 Milliarden. 98 Milliarden des Verbrauchsüberhangs speisten sich jährlich aus öffentlichen Transfers, 46% aus Sozialkassen wie Renten oder Arbeitslosengeld, 24% aus dem Solidarpakt. Noch nie sei eine Region in solchem Umfang von außen finanziert worden. (Ostdeutschland 2007)

Zugleich haben die östlichen Bundesländer demnächst mit einer erneuten kritischen Zuspitzung umzugehen:

- Ab 2008 verlaufen die Zuschüsse aus dem Solidarpakt degressiv; nach der derzeitigen Beschlusslage sollen sie bis 2019 auf Null abgeschmolzen werden.
- Durch die relative makroökonomische Positionsverbesserung der ostdeutschen Länder infolge der EU-Osterweiterung geht die Berechtigung zur Ziel-1-Förderung im Rahmen des EFRE – d.h. dass EFRE-Projekte zu lediglich 25% gegenfinanziert werden müssen – absehbar zu Ende, zunächst (2010) für Leipzig, Halle und Südbrandenburg.
- Abwanderung und demografischer Wandel bewirken sinkende Einwohnerzahlen und damit geringere Zuweisungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs.
- Die geringeren Löhne mindern im Vergleich zu Westdeutschland die Einkommenssteuereinnahmen.

- Die nach wie vor bestehenden Produktivitätsrückstände und dadurch geringere Wirtschaftsleistung bewirkt auch bei anderen Steuern niedrigere Einnahmen.
- Sonderprogramme des Bundes im Wirtschafts- und Wissenschaftsbereich sind nicht auf Dauer zu stellen.

Soll dennoch der transferökonomische Status Ostdeutschlands die öffentliche Leistungsfähigkeit der gesamten Bundesrepublik nicht auf Dauer belasten, dann sind entsprechende endogene Entwicklungen vonnöten. Als öffentliche Anstrengungen, diese mit langfristigen Wirkungen zu fördern, kommen dreierlei infrage: (a) Infrastrukturentwicklungen, (b) Förderprogramme zum Ausgleich von Investitionskapitalschwächen sowie (c) Bildung und Forschung – und damit wesentlich Hochschulen.

In dieser Hinsicht ist einerseits ein beachtlicher Ausstattungsgrad der ostdeutschen Regionen erreicht worden. Andererseits gibt es die Wahrnehmung mangelnder Leistungsstärken der ostdeutschen Hochschulen. So machte sich 2005/2006 im Zuge der ersten Auswahlrunde der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern ein allgemeines Erstaunen breit: Bereits nach der Vorwahl der Kandidaten waren die ostdeutschen Universitäten nahezu vollständig ausgeschieden. Nachdem der Beraterkreis Ost ein Jahr zuvor das Scheitern des Aufbau Ost für den Bereich der Wirtschaft konstatiert hatte und der Prozess der schrittweisen Angleichung der ostdeutschen Sozialdaten an den westdeutschen Standard seit Mitte der 90er Jahre fast zum Stehen gekommen ist (vgl. Kreckel 2004), erschien plötzlich auch die ostdeutsche Wissenschaft eher als Bestandteil der allgemeinen Problemsituation statt als Teil einer Problemlösungskonstellation.

Inzwischen haben auch die Endauswahl der ersten Runde und die Vorauswahl der zweiten Runde der Exzellenzinitiative stattgefunden. Mit der höchsten Reputation versehen, da am höchsten dotiert, ist die Förderlinie „Zukunftskonzepte“. In dieser Kategorie war weder in der ersten noch der zweiten Runde eine ostdeutsche Universität erfolgreich. In den beiden anderen Förderlinien „Graduiertenschule“ und „Exzellenzcluster“ sind zwar ostdeutsche Anträge erfolgreich gewesen, doch blieb deren Zahl stark unterproportional – etwa im Verhältnis zum Anteil der ostdeutschen an der gesamtdeutschen Professorenschaft (15,5%). (Übersicht 1-1)

Zugleich bekommt Ostdeutschland im Zuge der EU-Osterweiterung zu spüren, dass es trotz innerdeutsch geringerer Masseneinkommen zu den Hochlohngebieten in Europa gehört. Hochlohngebiete müssen vor allem von hochqualifikationsbasierter Wirtschaftstätigkeit getragen sein. Daher gewinnen Hochqualifikations- und Forschungsangebote in den ost-

Übersicht 1-1: Ergebnisse in der Exzellenzinitiative 2006/2007

Förderlinien	1. Auswahlrunde (2006)				2. Auswahlrunde (2007)	
	Vorentscheidung		Endentscheidung		Vorentscheidung	
	Insgesamt erfolgreich	Erfolgreiche ostdt. Anträge	Insgesamt erfolgreich	Erfolgreiche ostdt. Anträge	Insgesamt erfolgreich	Erfolgreiche ostdt. Anträge
Graduiertenschulen	39	TU Dresden	18	TU Dresden	44	U Erfurt, U Jena (2x), U Leipzig
Exzellenzcluster	41	TU Dresden, U Leipzig	17	TU Dresden	40	U Jena/Halle, U Leipzig
Zukunftskonzepte	10	0	3	0	8	0
Summe	90	3	38	2	92	6
Anteil am Gesamt		3,3%		5,3%		6,5%

Quellen: DFG/Wissenschaftsrat (2006, 2006a), DFG/Wissenschaftsrat (2007)

deutschen Regionen zusätzliche Bedeutung. Diese aber müssen auch angemessen nachgefragt werden. Hier kommen auf die ostdeutschen Hochschulen wiederum zusätzliche Probleme zu: Zum einen erreicht der demografische Wandel die östlichen Bundesländer eher als West-Deutschland; zum anderen werden sich die für die Hochschulen relevanten Alterskohorten in Ostdeutschland innerhalb eines Jahrzehnts halbieren.

Gleichzeitig sind Hochschulen und Forschungsinstitute – völlig unabhängig von politischen Entscheidungen über die Gestaltung regionsbezogener Förderpolitik – regionale Stabilitätsfaktoren. Sie sind zum einen Dienstleister für vorhandene Unternehmen und Institutionen, indem sie Absolventen und Absolventinnen, Forschungsleistungen, Transferkapazitäten, Weiterbildung usw. bereitstellen. Zum anderen haben sie eine Katalysatorenfunktion für die Ansiedlung von Unternehmen und Institutionen – Stichworte sind hier Spin-offs, Outsourcing, Inanspruchnahme von Dienstleistungen, regionale Kaufkraftsteigerung, Steigerung der Standortattraktivität in sozialer und kultureller Hinsicht, Nukleus für weitere wissenschaftsnahe Einrichtungen etc. In beiden Fällen handelt es sich bei Hochschulen um Aktivposten, die nicht nur nachgeordnete Funktionen rund um die Kernsegmente erfüllen.

Nun ist seit etwa Beginn des Jahrzehnts zu beobachten, dass in fast allen ostdeutschen Bundesländern Strukturkommissionen die in den 90er

Jahren konzipierten und aufgebauten Strukturen kritisieren, die Landesregierungen und Parlamente diese in Frage stellen und erwägen, ihre Wissenschaftslandschaften zu reduzieren und zu restrukturieren. Es ist zu prüfen und zu bewerten, inwieweit dabei die Potenziale von Hochschule und Forschung in Ostdeutschland optimiert oder beschädigt werden. Dabei sind in besonderer Weise die spezifische Funktion von Hochschule und Wissenschaft in entindustrialisierten und daher wirtschaftlich neu zu belebenden Regionen zu berücksichtigen.

Unter den geschilderten Rahmenbedingungen sind in der Zeit bis 2019 – der zweiten Phase des Aufbau Ost – zwei Positionierungsaufgaben der ostdeutschen Hochschulen zu bewältigen, die überregionale und die regionale Positionierung:

- Die überregionale Positionierung hat verschiedene Bezugsräume: Bundesrepublik, EU-Europa, geografisches Europa, globaler Raum. Stichworte sind hier: internationaler Bildungsmarkt, EU-Osterweiterung, ausländische Hochschulbildungsnachfrage, Studiengebühren und föderaler Wettbewerb, demografische Entwicklungen, Zu- und Abwanderung, Zuschussentwicklungen.
- Die regionale Positionierung hat als Bezugsraum das jeweilige nähere regionale Umfeld. Stichworte sind hier: dauerhafte Erarbeitung bzw. Sicherung der Wettbewerbsposition der ostdeutschen Länder, bereits laufende Hochschulstrukturreformen in den ostdeutschen Ländern, gemeinsame hochschulpolitische Interessenformulierung der ostdeutschen Länder, sowie wiederum demografische Entwicklungen, Zu- und Abwanderung, Zuschussentwicklungen.

Klärungsbedürftig ist, ob es sinnvoller ist, dass die ostdeutschen Hochschulen die überregionale und die regionale Positionierung gleichermaßen betreiben, oder ob eher an Entwicklungslinien zu denken ist, die sich mit bescheideneren Zielen arrangieren. Es kann sowohl zu Ressourcenkonflikte zwischen beiden Anliegen kommen, wie es sich typischerweise auch um wechselseitige Voraussetzungen handelt.

Derzeit ist die politische Neigung groß, die ostdeutschen Hochschulen mittelfristig auf den demografisch induzierten geringeren Ausbildungsbedarf der eigenen Landeskinder herunter zu schrauben, sie also vornehmlich als regionale Ausbildungslieferanten zu betrachten. Hier kann zumindest vorerst die im Rahmen des „Hochschulpakts 2020“ erzielte Einigung stabilisierend wirken.

Der Hochschulpakt sieht zunächst bis 2010 die Schaffung von bundesweit 90.000 zusätzlichen Studienplätzen und die Erhaltung der ostdeutschen Studienkapazitäten vor. Der Überschuss an Kapazitäten in Ostdeutschland soll genutzt werden, um die sich abzeichnenden kapazitativen Probleme abzumildern. Deshalb haben Bund und Ländergemeinschaft den ostdeutschen Ländern für die Jahre 2007 bis 2010 eine Pauschale von insgesamt 15% der Mittel zugesagt, die vom Bund jährlich zur Verfügung gestellt werden. Im Gegenzug verpflichten sich die ostdeutschen Länder, die Studienanfängerzahlen auf der Basis des Jahres 2005 auch in den Folgejahren sicherzustellen (vgl. BMBF 2007). Das demnächst zu lösende Problem wird darin bestehen, die derart geförderten Studienplätze auch mit Studierenden zu füllen, sobald sich das demografisch bedingte Fehlen hinreichend vieler einheimischer Studieninteressenten bemerkbar macht.

Nicht zuletzt regional- und arbeitsmarktpolitisch ist dies eine Herausforderung. Der Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2005 prognostiziert: „Das heutige Überangebot an Arbeitskräften [in Ostdeutschland] wird sich innerhalb der nächsten Jahrzehnte in einen Arbeitskräftemangel, insbesondere an Fachkräften, verkehren“ (Bundesregierung 2005: 23).

Zugleich ist hier der Hinweis wichtig, dass Hochschulen mehr sind als Humankapitalerzeuger. Zu prüfen ist, welche Ausstattungen die Hochschulen benötigen, um in der Lage zu sein, ihre Rolle als Träger einer Infrastruktur und Kultur der Forschung sowie als Katalysatoren für Innovation hinreichend wahrzunehmen. Hier kann es regional differenzierte Antworten geben.

In der – in welchem Umfang auch immer langfristig erhalten bleibenden – Forschung scheint eine Regionalisierung der Ansprüche mit Betonung des Anwendungsbezugs nur schwer vorstellbar, wenn zugleich nachhaltig eine (vor allem regional wirksam werdende) innovative Funktion der Hochschulen gesichert werden soll. Denn ebenso wie Forschungsimpulse häufig aus der Praxis kommen, geht anwendungsorientierter Forschung über kurz oder lang der innovative Atem aus, wenn sie nicht aus der Grundlagenforschung Impulse für neue Fragestellungen und neue Problemlösungen erhält und auf das dort erzeugte Vorratswissen zurückgreifen kann. Fortgesetzte Innovativität von Anwendungslösungen baut auf der Kenntnis langfristiger Trends, vergleichbarer Fälle, relevanter Kontexte, prognostischer Wahrscheinlichkeiten, nichtintendierter

Handlungsfolgen, typischer Fehler und alternativer Optionen auf. Diese Kenntnis wird *außerhalb* der Arbeit an Anwendungslösungen erzeugt.

Zu prüfen jedoch ist, *in welchem Verhältnis* die ostdeutschen Hochschulen ihre überregional und ihre regional orientierten Aktivitäten gestalten, und ob hier Optimierungen angeraten sind. Günstige Anknüpfungspunkte für regionale Profilbildungsstrategien mit dann auch überregionalen Ausstrahlungen könnten z.B. in der Dynamisierung der bestehenden und untypisch konkurrenzarmen Kooperationen zwischen Hochschulen sowie zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bestehen.

Vor diesen Problemhorizonten ist es dringlich, die Frage zu beantworten, wie die Hochschulen aufgestellt werden und wie sie sich aufstellen müssen, um wirksam daran beteiligt sein zu können, eine Spirale aufzuhalten, die durch das Zusammentreffen von demografischer Krise und Finanzkrise im östlichen Teil Deutschland in Gang zu kommen droht: mangelnde Attraktivität für Spitzenforscher, für Nachwuchswissenschaftler und für die mobilsten Studierenden, Rückbau der akademischen Forschungsinfrastruktur bei gleichzeitigem Fehlen einer breiten Industrieforschung, zunehmende Verknappung von verfügbarem ‚Humankapital‘, damit Fehlen einer entscheidenden Voraussetzung für erfolgversprechende Investitionen in wissensbasierte Unternehmen, allgemeine intellektuelle Provinzialisierung, wirtschaftliche Marginalisierung und fortdauernde Subventionsabhängigkeit, usw. usw. (vgl. Kreckel 2003: 7).

Hochschulen verstehen sich als Qualitäts- und Leistungszentren. Deshalb liegt es nahe, genau an diesem für sie konstitutiven Selbstverständnis anzusetzen, um den angesprochenen Gefahren zu begegnen. Das heißt, das Ziel muss es sein, die Hochschulen in die Lage zu versetzen, auch künftig Besonderes und Herausragendes zu leisten. So können sie zusätzliche Studierende an sich ziehen und ihre andauernde Bedeutung als Infrastruktureinrichtungen unter Beweis stellen. Um das zu gewährleisten, wird auch über Profil- und Clusterbildungen und unterschiedliche Handlungsoptionen – somit auch Prioritäten und Posterioritäten – nachzudenken sein.

Vor diesen Hintergründen stellt sich eine Reihe von Fragen, deren Beantwortung die hier vorgelegte Untersuchung unternimmt. Zu fragen ist, wieweit die ausgeprägten Haushaltsschwächen, Produktivitätsrückstände, demografischen Besonderheiten und die hohe Arbeitslosigkeit im Osten

auch an den Hochschulen zu bleibenden Ost-West-Unterschieden führen, welche Rolle die Hochschulen im Zusammenhang einer Orientierung der Förderpolitik auf Wachstumskerne spielen sollten, inwiefern die Resonanzfähigkeit peripherer Gebiete für die Impulse, die von Wachstumskernen ausgehen, am Vorhandensein hochschulischer Potenziale hängt, ob sich die ostdeutschen Hochschulen als regionale Stabilitätsfaktoren erwiesen haben und welche Prognosen in dieser Hinsicht für die Zukunft zu stellen sind.

Dabei kann sich das Institut für Hochschulforschung auf eine seit seiner Gründung im Jahre 1996 gepflegte Expertise stützen, die wiederum auf der Arbeit seiner Vorgängereinrichtung aufbaut. Von 1991 bis 1996 hatte die „Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlsdorf“ begleitend die erste Phase der ostdeutschen Hochschultransformation analysiert.¹ Vor zehn Jahren war als Abschlusspublikation der Projektgruppe eine umfangreiche Bilanzierung der Hochschultransformation erschienen: „Die Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland“ (Buck-Bechler/Schaefer/Wagemann 1997). Darin wurden auf 700 Seiten acht Einzelstudien vorgelegt: „Hochschulsystem im gesellschaftlichen Kontext“, „Strukturen der Hochschullandschaft“, „Hochschulzugang und Bildungsbeteiligung“, „Wissenschaftliches Personal“, „Wissenschaftlicher Nachwuchs“, „Lehre und Studium“, „Forschung an Hochschulen“ und „Internationale Hochschulbeziehungen“.

Diese widmeten sich einer themenspezifischen Bilanzierung des ostdeutschen Hochschulumbaus seit 1990. Dabei begann jede Studie mit einer ausführlichen Darstellung der Situation in der DDR, die das Ausmaß des sodann beschriebenen Wandels erst hinreichend deutlich werden ließ. Resümierend stellte Mitherausgeberin Buck-Bechler fest, „daß in einer unvergleichlichen Umgestaltungsleistung bei laufendem und erweitertem Studienbetrieb die Rechtseinheit im gesamtdeutschen Hochschulwesen hergestellt und ein Hochschulsystem nach dem Modell der alten Länder in den neuen Ländern aufgebaut worden ist. Dabei wurden mit allen Vorzügen einer freiheitlich-demokratischen Ordnung auch wesentliche Mängel des altbundesrepublikanischen Systems übernommen“ (Buck-Bechler 1997: 43).

Das Institut für Hochschulforschung als Nachfolgeeinrichtung der Projektgruppe hat, neben seinen überregional orientierten Forschungen,

¹ vgl. zur Geschichte der Projektgruppe Hochschulforschung http://www.hof.uni-halle.de/index_id,59.html#1000

eine spezielle Aufmerksamkeit für die spezifischen Entwicklungen in Ostdeutschland beibehalten. Auf dieser Grundlage kann nun zehn Jahre nach Erscheinen des Transformations-Bilanzbandes eine Nachfolgeuntersuchung vorgelegt werden. Diese hat einige veränderte Rahmenbedingungen der ostdeutschen Hochschulentwicklung in Rechnung zu stellen. Ging es in der ersten Hälfte der 90er Jahre um die Gleichzeitigkeit von Abbau und Neuaufbau, so ist seither die Dreifachherausforderung von Strukturkonsolidierung, Sparauflagenbewältigung und Hochschulreform im gesamtdeutschen Kontext zu bewältigen.

Die hier vorgelegte Untersuchung resümiert zunächst, wie es die ostdeutschen Hochschulen vermocht haben, ihre Strukturen zu konsolidieren, und wie sie sich in den allgemeinen Hochschulreformentwicklungen platzierten und platzieren. Dazu wird ein zusammenfassender Überblick über die ostdeutsche Hochschullandschaft und ihre zentralen Rahmenbedingungen geliefert. Es geht darum, welches Entwicklungsniveau im Vergleich zur Ausgangslage und zu den westdeutschen Bundesländern erreicht wurde, mit welchen Veränderungen auf die demografischen, bildungswettbewerblichen und budgetären Herausforderungen reagiert wird, und worauf sich die neueren Empfehlungen bzw. hochschulpolitischen Entscheidungen richten: Sind es lediglich Sparbeschlüsse oder (auch) die Suche nach moderner Wissenschaftsentwicklung? Inwieweit sind die politischen, rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen geeignet, die Positionierung der ostdeutschen Hochschulen zu stärken?

In weiteren Einzelstudien werden die demografischen Entwicklungen als wesentliche Determinante der Hochschul(kapazitäts)entwicklung, die quantitativen und qualitativen Entwicklungen der Studierendenschaft, die Außenwahrnehmung der ostdeutschen Hochschulen, die Stärken und Schwächen der ostdeutschen Forschungslandschaft sowie der Sonderfall Berlin analysiert. Ein resümierender Beitrag fasst schließlich die zentralen Ergebnisse zusammen und endet mit der Entwicklung von Handlungsoptionen.